

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Begeblatt für Seiden, Woll, Bernstein, Eisen, St. Hedwig, Schmied, Karren, Kesself, Dammendorf, Mitten St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stengendorf, Lerna, Niedermüllers, Rühmann und Zirkeln

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

69. Jahrgang. Freitag, den 24. Oktober 1919. Nr. 247. Hauptinspektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. Volkshilfsfonds Leipzig Nr. 86697.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 3,60 Mk., durch die Post bezogen 4,50 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Strasse 24, alle Poststationen, Postboten, sowie die Ausräger entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 25, für auswärtige Fernspr.-Anschlag Nr. 7. Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 60 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. Tel.-Nr. Tageblatt.

Kartoffel-Verkauf. Freitag, den 24. Oktober, vorm. 8-12 Uhr. 1 Pfund-Preis: 16 Pfg. Erwachsene 7 Pfund, Kinder bis zu 4 Jahren 5 Pfund.

Verkauf von Margarine und Rinderfett. Freitag, den 24. Oktober 1919. Auf den Kopf 50 Gr. Margarine für 35 Pfg. und 100 Gr. Rinderfett für 280 Mk. gegen Fettkarte Marke M bei den Händlern.

Der Ortsnahrungsausschuss für Callenberg.

Bezirksverband. Nr. 1218 d. M.

Mehl- und Brotpreise.

Nach Gehör des Ausschusses für Verbrauchsregelung werden die Mehl- und Brotpreise wie folgt festgesetzt:

I. Mehlpreise:		
Großhandelspreis:		
für 1 Ztr. Roggenmehl frei Bäder	34,—	Mk.
„ 1 „ ab Mühle	33,50	„
„ 1 „ Weizenmehl frei Bäder	38,—	„
„ 1 „ ab Mühle	37,50	„
Kleinhandelspreis:		
für 1 Pfund Roggenmehl	41	Pfg.
„ 1 „ Weizenmehl	45	Pfg.
II. Brotpreise:		
für 1 Pfund Roggenbrot 82 % Ausmahlung	38	Pfg.
„ 2 „ „ „ „	76	„
„ 3 „ „ „ „	114	„
„ 4 „ „ „ „	152	„
„ 6 „ „ „ „	228	„
„ 4 „ Weizengebäck 80 % (1 Doppelbrötchen)	15	„
„ 1 „ Zwiebäck 80 % Ausmahlung	140	„

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. 8. 1914. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden bestraft.

Die Ausgabe des Gebäcks besserer Ausmahlung kann ab Freitag, den 24. Oktober, erfolgen. Die Bekanntmachung vom 24./8. unter Ia und b wird hiermit aufgehoben.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Aus Washington wird gemeldet: Kriegsminister Baker bestimmt, daß keine amerikanischen Truppen nach Oberitalien oder anderen Gebieten, wo Waffenabstimmungen stattfinden sollen, abgelandet werden, bevor der Senat das Abkommen von Versailles unterzeichnet hat.

* Die „Echo de Paris“ meldet, wird die Befreiung Frankreichs durch die Alliierten Truppen in der zweiten Novemberwoche beginnen. Mitte November werde der Friedensvertrag von den Alliierten gemeinsam ratifiziert sein.

* Der Konstitutionsausschuss der Nationalversammlung hat erklärt, daß bis Weihnachten der größte Teil der Weizener aus Frankreich heimgeführt sei.

* Im Saarbrücker Gebiet ist der Grenzverkehr ausgebrochen. Die Eisenbahnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Sie bringen auf Durchführung der ihnen früher angekündigten Forderungen. Der Streik der übrigen Arbeiter ist als Kampftheater aufzulösen. Der Belagerungszustand wurde wieder verlängert.

* In einem Rundschreiben der deutschen Delegationen erklären diese, daß die Weltrevolution am 21. Juli gescheitert sei. Bei den Antikommunisten sei die Stimmung gewachsen. Man könne vom 7.-10. November erneut auf den Plan treten. In allen Ländern müsse die Räteregierung errichtet werden.

* Infolge der Kohlennot werden in Wien die Schulen vom 15. November bis 15. Februar 1920 geschlossen.

* Der Fall Petersburgs ist auch heute noch nicht zu verzeichnen, die Kämpfe in Nordwest-Russland dauern an.

* Die Lieferungen von Lebensmitteln aus Polen an Deutschland haben bereits begonnen, die Polen erhalten Kohlen aus Oberschlesien.

* In Straßburg ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, welche auf die Neutralisierung Elsaß-Lothringens gerichtet ist. Der Führer wölher und zwei andere Verschwörer wurden verhaftet.

* In der Nationalversammlung wurde der Etat des Reichsschatzministers gestern in zweiter Beratung angenommen. In der Aussprache wurden die Wünsche in den Deputiertenkreisen beleuchtet.

* Präsident Wilson hat an den vormaligen Reichskanzler, in der die im Krieg vorgenommenen Beschlagnahmungen der Einwanderung insbesondere die Beschlagnahmungen im Falle von, für ein weiteres Jahr fortgesetzt werden sollen.

* Die „Times“ melden, daß das Ausfuerverbot für deutsche Warenmittelstücke aus englischen Häfen, das seit dem 15. Oktober bestand, aufgehoben worden ist.

* Als erster Ueberseeauswanderer seit dem Einbruch Italiens in den Krieg ist das Schiff „Gloria“ von der Hamburger Schiffahrtsgesellschaft Flensburg mit einer Ladung von Weizen, Mais, Getreide und sonstigen deutschen Getreidemitteln in den USA angekommen. Damit ist der deutsche Schiffsverkehr mit Amerika wieder eröffnet.

Graf Wedel wider Berchtold.

Der früher deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, veröffentlicht in den „Hamburger Nachrichten“ neue Tatsachen, die Graf Berchtolds Negativtätigkeit in einem eigentümlichen Licht erscheinen lassen. Sie bringen u. a. eine völlige Enttarnung des verstorbenen deutschen Botschafters von Tschirch, den Graf Berchtold als treuesten Helfer bezeichnet hat. In der Veröffentlichung, die die Ueberschrift „Graf Berchtolds Negativtätigkeit“ trägt, heißt es u. a.:

Es ist niemals bestritten worden, daß die deutsche Regierung eine Demarche gegen Serbien für berechtigt und politisch begründet hielt. Aber der Unterstaatssekretär Zimmermann warnte nach Graf v. Tschirchs Bericht frühzeitig davor, den Fogen zu überspannen und Serbien Demarchierungen zu machen. Graf Berchtold hat erwähnt, daß von Herrn von Tschirch am 20. Juli 1914 das Telegramm des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg wegen des östlichen Vermittlungsverschlages ihm während des Frühstücks überbracht wurde. Nach Herrn von Tschirchs Erwähnung dieser Tatsache in seinem Telegramm an den Reichskanzler vom 29. Juli, in welchem er ausführlich über seine Unterredung mit Graf Berchtold und dem amtierenden Botschafter Graf Kargath unmittelbar nach dem Frühstück berichtete. Danach hat Herr v. Tschirch das Austragsprogramm des Reichskanzlers den Herren Zimmermann vorgelesen und mit ersten Worten und guten Grüßen für die Annahme des östlichen Vermittlungsverschlages zu wirken versucht. Er hat dabei betont, wie wichtig sich die unvermeidbaren Folgen einer Aufhebung vor Augen hatten. Die Herren waren schweigend. Zimmermann selbst hat Herr v. Tschirch das Gefährliche mit nach Hause genommen zu erben, daß keine Vorstellungen nicht ohne Grund blieben, Graf Berchtold hat erklärt, er werde sofort Graf Kargath Bericht halten, und er begab sich zum vollständig unverzüglich nach Schönbrunn.

Sie sieht man frühzeitig am Ratfalle daran; bedacht war, den Ausführenden zu wirken, und das kommt zu Deutschland sitzen zu lassen, bezweckt das gleiche Vorfall.

Im alten Wiener Klub wird der Graf die Vermittlungsverschlages behandelt, aber mit seiner Stimme erklärt, daß Deutschland die Annahme empfahlen — mehr als das — auch auf die Annahme gedrängt hat. Der Reichent machte zu dem Vorwurf die

chbarer
en nicht mehr
an wirklich
de und solche
ste der Abge-
sübung ihres
thres Lebens-
von im Felde
helt vorliegt,
erbe können
den. Gesuche
Amthaupt-
bezirksstellen
einzureichen.
ugen, die von
räten zu be-
und Stabi-
lurtrat weiter.
Landwirten
er Ausschuß.
Bedürfnisse
de überlassen
anbrauchbarer
ei der Amts-
Bedarf unter
Vorbrücke an-
her das Leih-
Weise seine
heit des Er-
rverwaltung
gegen werden
weit ihre Be-
dienstfähig-
bis zu einer
glich, käuflich
fs der dienst-
Pferdekarten
die zum An-
ausnahmslos
rrat.
tin
Antritt gesucht.
stellung. Offerten
Blattes erbeten.
iderseitigen
Hochzeit
und Glück-
m Herzen.
1919.
Mehlhorn
im Namen
ihrer Ver-
gebrachten
ke.
mahlung
Geschenke
zugleich im
K.
und Frau
eb. Häbsch.
1919.

nen möglichen künftigen Krieg an, der sich gegen den Größenwahn Frankreichs richtet und an dem Italien teilnehmen werde. Die Möglichkeit eines künftigen Krieges ist natürlich nur als Nebenart zu bewerten, die ganze Werbung deutet aber darauf hin, daß man selbst in Ententekreisen des französischen Größenwahns überdrüssig wird.

(Die Abwanderung deutscher Elemente aus Posen und Westpreußen) nimmt immer mehr zu, bisher sind bereits über 100 000 Personen abgewandert. Die Ursachen der Abwanderung sind der polnische Terror und die Furcht der Deutschen ihre deutsche Staatsangehörigkeit bei nicht rechtzeitiger Rückkehr zu verlieren. Durch die starke Zunahme wird die Ernährungslage in Deutschland vor schwierige Aufgaben gestellt.

(Ueber Litauen Belagerungszustand.) Ueber Litauen wurde der Belagerungszustand verhängt und die Jahresschiffe 1895-99 und 1900 mobilisiert. Die Litauer ist zum 25. d. M. einberufen worden. Man befürchtet einen polnischen Einfall in das litauische Gebiet. In einer von 10 000 Personen besuchten Versammlung wurde gefordert, daß die polnischen Großgrundbesitzer in der Umgegend der Demarkationslinie ausgewiesen werden.

(Eine räuberische Flucht aus dem Militärgeheimnis.) Im August hatten, wie berichtet, der Obermaischlitz-Reamant Boetoe und einige andere Personen den Versuch gemacht, Kanonen und große Mengen Munition aus Magdeburg zu verschleppen. Sie waren im letzten Augenblick verhaftet und in das Militärgefängnis gebracht. Seit einiger Zeit sind Boetoe und drei seiner Genossen frei. Sie haben die Wachen des Gefängnisses bestochen und sind ausgebrochen. Von dieser Flucht hatte die Öffentlichkeit bisher nichts erfahren. Jetzt wird festgestellt, daß Boetoe nach seinem Ausbruch aus dem Gefängnis mit mehreren Dienststellen Bekannte abtrottelte und einen M. Kazarett in ein geheimes Angehöriger der Partei mochte beauftragt und diesem zur Flucht verhalf. Er der Magdeburger sozialdemokratischen „Wochenblätter“ wird die Frage aufgeworfen: In welchem Verhältnis steht das Generalkommando zu dem Zerstörer? Und die „Magdeburger Zeitung“ bemerkt zu der Sache: Die Flucht des Abenteurers, das Verschleppen des Generalkommandos und die anderen Verhältnisse müssen den Eindruck entstehen lassen, daß unsere obersten Militärbehörden in Magdeburg oder Ausgang der ganzen dunklen Angelegenheit nicht unlieb gewesen ist.

(Deutsche Beschwerden.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat von einer Rate der deutschen Regierung Kenntnis genommen, in der geäußert wurde, daß die Fischerboote und die Küstenfahrer von den durch die Blockade der Küsten angeordnete Liebestandungsmaßnahmen die infolge der letzten Ereignisse im Baltikum befohlen worden sind, ausgenommen werden sollen. Es wurde beschlossen, daß die Liebestandungsmaßnahmen weniger streng durchzuführen werden sollen.

(Deutsch-litauische Zusammenstöße.) Zwischen den Truppen des Generals Eberhard und der litauischen Truppen ist es zu Zusammenstößen gekommen. General Eberhard hatte durch Verhandlungen mit den Litauern einen Viehvereinbarung nach welchem den litauischen Truppen verboten war, über die Bahnlinie, die die deutschen Truppen zum Militärtransport benutzen, voranzurücken. Die Litauern haben sich jedoch an diese Abmachung nicht gehalten. General Eberhard hat genötigt gesehen, die Zusammenstöße vorzunehmen. Er sandte zunächst Botschaften, auf die jedoch von den Litauern geantwortet wurde, und zwar auch mit Artillerie. Dieser ist es bereits mehrfach zu Zusammenstößen und Schießereien zwischen den Truppen gekommen.

Entente und Reichsnotopfer.

Der Reichsbürgerrat hatte sich an das Reichsfinanzministerium gewandt mit der Bitte um Angabe, welche Bürgschaften dafür bestehen, daß der Entente in Anspruch genommen werden kann. Daraufhin ist eine Antwort vom Reichsfinanzminister Erzberger erteilt worden, in der es u. a. heißt: Meine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung kann ich nur wiederholen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrags der Entente ein Zugeständnis auf den Entzug des Reichsnotopfers nicht zusteht, wenn Deutschland seiner Verpflichtung nachkommt. In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzministerium durch Gutachten juristischer und wirtschaftspolitischer Sachverständiger bestätigt. Auch alle Kundgebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag einbergingen, lassen deutlich erkennen, daß die feindlichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eintrag in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs beabsichtigen und sich auch hierzu nicht für berechtigt halten. Es kommt also alles darauf an, daß Deutschland seinen ihm auferlegenen finanziellen Verpflichtungen nachkommt. Bis zum Jahre 1926 sind diese im Friedensvertrag genau umgrenzt, und man wird annehmen dürfen, daß wir bei einer stetigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse infolgedessen zur Erfüllung in der Lage sein werden. Hierzu ist aber vor allem eine Befreiung der finanziellen Grundlage des Deutschen Reiches dringende Voraussetzung, und es dürfte daher Aufgabe aller staatsgerichtlichen Kreise sein, die in dieser Hinsicht von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen, und hierunter vor allem den Entwurf eines Reichsnotopfers, zu unterstützen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 21. Oktober
Einstellung des Personenverkehrs an Sonntagen. Die bereits angekündigte Einstel-

lung des gesamten Personenverkehrs an Sonntagen wird nunmehr in Sachsen, sowie in ganz Preußen vom nächsten Sonntag (26. Oktober) ab durchgeführt. Es sollen daher bis auf weiteres an Sonntagen im allgemeinen alle der Personenbeförderung dienenden Züge aus. Lediglich für einige wenige Arbeiterverkehre werden einzelne Züge gefahren, doch ist die Benutzung dieser Züge ausschließlich den Inhabern von Arbeiter- und Zeitsfahrkarten gestattet. Ein Verkauf von Fahrkarten an Sonntagen (mit Ausnahme der Arbeiter- und Zeitsfahrkarten) findet nicht statt. Die für den Arbeiterverkehr abzulaufenden Züge werden durch Schalteranschlag bekannt gemacht, auch erteilen die Stationen nähere Auskünfte herüber.

Die Zuckerhändler werden nochmals auf die von ihnen am 25. Oktober 1919 abends vorzunehmende Zuckerbestandsaufnahme hingewiesen. Die hierzu erforderlichen Bestandskarten sind bei den Ortsbehörden zu haben.

Die sächsischen Eisenbahnerverwaltung hat große Bestellungen auf Güterwagen gemacht. Es werden jetzt im Monat 300-400 Wagen geliefert. Und wie steht's mit Lokomotiven?

Sonntagsarbeit in den sächsischen Braunkohlengruben. Wie wir an zuständigen Stelle hören, wird in sämtlichen sächsischen Braunkohlengruben an Sonntagen Kohle gefördert, um der Kohlennot zu steuern. Ein lobenswertes Beispiel wirklichen sozialen Geistes!

Das Reformationstfest wird auch in diesem Jahre unverändert als gesetzlicher Feiertag begangen werden.

Alle Arbeitslosen von Lichtenstein, Callenberg, Ködlich, Hohndorf und Heinrichsdorf werden auch hierdurch auf die am Freitag nachmittag 2 Uhr im Goldenen Helm stattfindende Versammlung mit wichtiger Tagesordnung besonders aufmerksam gemacht. Näheres besagt das Inserat in vorliegender Nummer.

Das große Los mit 500 000 Mark fiel bei der letzten Ziehung der Sächsischen Landeslotterie auf die Nr. 36462 in die Kollektion von Weaun in Leipzig.

Arbeiterrückfahrkarten. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern werden vom 1. November d. J. an Arbeiterrückfahrkarten nur gegen Vorbringen einer von der Polizeibehörde des hiesigen Wohnortes des Arbeiters beglaubigten Bescheinigung des Arbeitgebers auszugeben, auf der festzuzeichnen muß, daß der Vorzeiger als Arbeiter beschäftigt ist und seinen hiesigen Wohnort aufrethält. Die Bescheinigungen werden gegen Erstattung der Selbstkosten von den Fahrkartenausgaben abgezogen. Die Bescheinigung, die bei der jährlichen Prüfung einer Arbeiter-Rückfahrkarte abgehempelt wird, ist nach Aufbruch des für die Zwecke bestimmten Kanons sowie bei jeder Änderung des Arbeitsverhältnisses zu erneuern. Reisende, die Arbeiter-Rückfahrkarten benutzen, die sie nicht auf Grund des vorgeschriebenen, ihre Person gültigen Ausweises erlangen haben, werden die den zur Fahrkarte gehörenden Ausweis nicht mitbringen können, werden wie Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt.

Müssen St. Jacob. (Bei der Volkszählung) am 8. Oktober ergaben die Listen der 1169 Haushaltungen hier 3775 Einwohner, 1803 männliche und 1972 weibliche. 1910 wurden gezählt 1207 Haushaltungen mit 3885 Einwohnern, 1848 männliche und 2037 weibliche.

Müssen St. Michael. (Für den Straßenbau) hierorts gewährte die Behörde eine Staatsbeihilfe von 15 000 Mark. Für die Kriegsgefangenen wurden hier in einer Hausammlung 367 Mark gesendet.

Reudersfel. (Bei der Volkszählung) wurden 597 männliche und 604 weibliche, zusammen 1201 Personen in 334 Haushaltungen gezählt.

Vergen. (Diebstahl) Eine Kasse mit 11 000 M. Bargeld und 6 Sparkassenbücher wurden dem Gemeindevorstand Paulus in Vergen bei Adorf in der Nacht zum Sonntag gestohlen.

Chemnitz. (Zur Behebung der Schuldenlasten) Da die Amtshauptmannschaft Chemnitz einer der verschuldetsten Bezirke ist — die Schuldenlast hat jetzt eine Höhe von rund 20 Millionen Mark erreicht — wurde in der letzten Gemeindevorstanderversammlung der Amtshauptmannschaft ein Antrag angenommen, in dem die Regierung um eine Gesetzesvorlage ersucht wird, die einen Ausgleich der verschuldeten mit den weniger verschuldeten Kommunalverbänden erstrebt. Als Mittel wurde die Zusammenlegung aller Schulden und die gleichmäßige Verteilung auf alle Verbände vorgeschlagen.

Dresden. (Rückstandslose Durchführung der Einheitschule.) Die Dresdener Stadtverordneten haben kürzlich bei der Beratung über die Vereinheitlichung des Volksschulwesens beschlossen, den Rat zu ersuchen, bereits Oftern 1920 die untersten fünf Klassen 8-4 der Volksschule (Bezirks- u. Bürgerschule) auf Grund einer neuen Bezirkseinteilung zu vermischen. Obgleich eine Minderheit sich dagegen

aussprach und von der Mischung der Schüler der Klassen 7-4 aus pädagogischen Gründen nichts wissen wollte, gab man doch dem Prinzip der sozialen Mischung aller Schulkinder den Vorrang vor pädagogischen Rücksichten. Man will die gesamten Volksklassen möglichst schnell verschwinden lassen. Hiergegen hat nun die Elternschaft entschieden Stellung genommen und besonders hervorzuheben, daß viele Kinder hierdurch erheblich in ihrem Bildungsengang zurückgeworfen würden und das Band zwischen Eltern und Schule zerfallen würde. Gegen eine allmähliche Verschmelzung der beiden Schularten auf dem Wege zu einer Schule wenden sie nichts ein. Sie wenden sich nur dagegen, daß dieses so rücksichtslos geschehen soll.

Delitzsch i. S. (Der falsche Polizeioffizier.) Unter Vorlegung einer Visitenkarte: „Clemens Franke, Polizei-Offizier“, erschien bei einem Bäckermeister im Ortsteil Raskau ein junger Mann in Feldgrau und eröffnete dem Meister, sein in Leipzig aufhältlicher Sohn habe sich einer Unterschlagung schuldig gemacht; wenn der Vater 90 Mk. bezahle, könne die Sache aus der Welt geschafft werden. Da der „Polizei-Offizier“ sich über die Familienverhältnisse usw. gut unterrichtet zeigte, so glaubte ihm der in Sorge versetzte Vater und händigte ihm ein über 200 Mk. lautendes Kriegsanleihe-Stück ein. Des leicht erzwungenen Erfolges froh, suchte sich der Schwindler — ein 1897 in Niederplanitz geborener, aus Bräunsdorf entworfener Fürsorgezögling Clemens Paul Franke — in Unterhermsgrün ein neues Opfer, die Schwelmer eines Reichswehrsoldaten, welcher er 14 Mark abknöpfte; wegen eines dritten, in Bösenbrunn verübten Betrugsmanövers, ist die Untersuchung noch im Gange. Der jugendliche Schwindler wurde hier festgenommen.

Oberlungwitz. (Diebstahl) Hier stahl ein 18jähriger Handlungsgehilfe seinen Eltern Strumpfwaren usw. im Werte von 5000 Mark und verschwand damit. Er soll sie in Chemnitz verschleudert haben. Der Varsche, der schon mehrere Unredlichkeiten begangen hat, konnte noch nicht ergriffen werden.

Blauen. (Gasvergiftung.) Am Montag wurde der in der Gerberstraße in Blauen wohnhafte, im Ruhestand befindliche Kirchendiener Gustav Rantz mit seiner Ehefrau anscheinend leblos aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß Gasvergiftung vorlag, offenbar durch unvorsichtiges Hantieren mit dem Gashoch. Bei der Frau kam die Hilfe zu spät. Der Tod war bereits eingetreten. Der Mann wurde zum Krankenhaus gebracht, wo er noch bedenklich darniederliegt.

Zachenberg. (In eine unangenehme Lage gerieten drei Kriegesfrauen.) deren Männer gleich zu Anfang des Krieges als vermißt gemeldet wurden. Infolgedessen nahmen die Frauen an, daß die drei Feldzugsteilnehmer erfolglos seien, um so mehr, als auch alle Nachforschungen erfolglos blieben, und verheirateten sich wieder. Jetzt sind nun die drei Vermissten plötzlich zurückgekehrt. Sie waren feinerzeit in französische Gefangenschaft geraten und verurteilt zu hängen, wobei sie jedoch wieder in die Hände der Franzosen fielen. Diese brachten die Flüchtlinge nach Marokko, von wo aus sie nicht nach der Heimat schreiben durften. Voraussichtlich werden die zweiten Ehen der Kriegesfrauen geschieden werden.

Sandz i. E. (Folgeschwerer Diebstahl.) Dem 70 Jahre alten Klempnermeister Karl Hegewald wurden kürzlich am hellen lichten Tage während seiner Anwesenheit aus einem in der Schlafkammer stehenden Schrank 700 Mk. bares Geld gestohlen. Hegewald nahm sich den Verlust des Geldes so zu Herzen, daß er erkrankte und starb. Als Dieb wurde jetzt ein 20jähriger Händlersohn aus Clau ermittelt und festgenommen. Er hat bis jetzt eine ganze Anzahl Einbrüche eingestanden. Hegewald hatte sofort nach Verlust des Geldes Verdacht gegen den jungen Dieb ausgesprochen und mußte deshalb noch bei dessen Vater Abbitte tun.

Waldburg. (Diebstahl.) In der Wirkwarenfabrik von Richter in Callenberg bei Waldburg wurden nachts 160 Dugend farbige kunstfärbene Zipselmützen im Werte von 6400 Mark gestohlen. Auf die Ermittlung der Diebe und Wiedererlangung der Waren sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Zwickau. (Unter dem Verdacht) an den im Frühjahr dieses Jahres im hiesigen Kraftwagendepot vorgekommenen Kraftwagen Diebstählen in irgendeiner Weise beteiligt zu sein, wurde in Glauchau ein 34 Jahre alter Klempner, der einen Lastkraftwagen für 1000 Mk. zum Kaufe ausgeben wollte, verhaftet und ins dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Zittau. (Bei den Wahlen zur Bezirksversammlung) in der Amtshauptmannschaft Zittau wurden 20 Bürgerliche und 20 sozialdemokratische Vertreter gewählt.

Volkstümlicher Laienbund.

Die Lichtensteiner Ortsgruppe des Volkstümlichen Laienbundes hielt am vergangenen Montag eine recht beachtenswerte Versammlung ihrer Mitglieder und Freunde ab. Herr Kreissekretär Ubricht aus Chemnitz behandelte in äußerst fesselnden und klaren Ausführungen Geschichte und Aufgaben des Bundes. Eine

Hilfsgruppe der Kirche, so wurde ausgeführt, will der Landesbund sein, eine Zusammenfassung aller derer, die ihre Kirche lieb haben und ihr helfen wollen bei der Abwehr ihrer Gegner sowie beim Aufbau und Ausbau einer freien evangelischen Volkskirche. Dazu gehört auch Vorbereitung und Förderung der Kirchenvorstandswahlen in der eigenen Gemeinde, ferner Wahl kirchenfreundlich gesinnter Männer und Kenner in die politischen Gemeinde- und Volksvertretungen. Der Bund umfasst die Kirchenfreunde aus allen Parteien und Ständen und fragt nicht nach ihrer Stellung in Einzelpunkten des Bekenntnisses. Er wendet sich an jeden konfirmierten Evangelischen mit der dringenden Bitte: Um der Kirche willen — schließe Dich an!

An diesem mit großem Dank aufgenommenen Vortrag schloß sich ein Bericht des Herrn Pastor Koch über die wichtigsten Beschlüsse der diesjährigen Synode, d. h. der obersten Kirchenvertretung neben dem Konsistorium, der obersten Kirchenbehörde. Der Herr Berichterstatter ging davon aus, daß mit der Enthronung der Landesfürsten wie die meisten Landeskirchen, so auch unsere ihre höchste Spitze verloren hatte. Daher die Notwendigkeit, eine neue Landeskirchen-Regierung zu bilden. Durch Berufung einer vorläufigen Reichsbehörde, aus Mitgliedern der Synode wie des Konsistoriums zusammengesetzt, habe sich die Synode mit Geschick dieser Aufgabe erledigt. Eine vollständig neue Kirchenverfassung von Grund aus zu errichten und zu beschließen, dazu habe sich die Synode nicht für zuständig gehalten, sondern sich begnügt, nur Richtlinien für den Neubau der Verfassung für die nächsten (11.) ordentlichen Synode vorzuschlagen und das Wahlrecht zur Synodal- und Kirchenvorstandswahl die Zukunft zu veranlagern. Jeder volljährige evangelische Christ (Christin) der sich in die Wählerliste eintragen läßt, ist berechtigt, für den Kirchenvorstand, jedes Kirchenvorstandsmitglied für die Synode mitzumählen. Und jeder hat auch die Pflicht, sein Wahlrecht wirklich auszuüben!

Einer wichtig sind auch die Erklärungen der Synode zum Schulgesetz (Religionsunterricht) u. zum Kirchenaustrittsgesetz. Der Herr Vortragende brachte sie zur Verlesung und wies darauf hin, wie es sich hier um Angelegenheiten handle, die alle Eltern besonders angehe. Unser sächsisches Übergangsschulgesetz möchte, sehr gegen den Wunsch vieler besonnener Lehrer und Lehrerinnen, ab 1920 den Religionsunterricht aus der Schule völlig entfernen. Das Reichsschulgesetz in der Reichsverfassung dagegen erlaubt dreierlei Art der zukünftigen Schulformen: Entweder Schulen mit evangelischem (bez. katholischem, jüdischem usw.) Religionsunterricht, den freiwillige Lehrkräfte im Rahmen des Schulunterrichts erteilen. Oder Schulen mit nicht evangelischem, religionsgeschichtlichem Unterricht, der zu keinem kirchlichen Bekenntnis hinführt. Oder endlich, Schulen ohne jeden religiösen Unterricht, an dessen Stelle vielmehr bloßer Moralunterricht auch Gesehnsunterricht genannt, zu treten hätte. Welche Art Unterricht in jeder Schulgemeinde

eingerichtet wird, haben die Eltern zu entscheiden! Die Eltern müssen also bei jeder Gelegenheit, vor allem bei zukünftigen Elternabenden und sonstiger Befragung, laut und deutlich erklären: „Wir wollen Religionsunterricht für unsere Kinder! Da werden sie ihren Willen auch mit Leichtigkeit durchsetzen. Die politische Stellung der Eltern ist natürlich dabei nebensächlich.“

Was zuletzt das Kirchenaustrittsgesetz betrifft, so konnte der Herr Berichterstatter erfreulicherweise vermelden, daß die Zahl der erfolgten Austritte verschwindend klein ist. Es überlegt sich doch ein jeder zweimal, ob er auf alles, was die Kirche ihm bietet, für Leben und Sterben verzichten soll. „Doch lieber nicht!“ so lautete regelmäßig die endgültige Entscheidung. Immerhin, es ist jetzt mehr als je geboten, daß alle ihre Treue zur Kirche mit Gesinnung und Wort und Tat bekennen und der Kirche den Rücken stärken durch Beitritt zum Volkskirchlichen Landesbund.

Am Schluß der Versammlung warb der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr W. Fankhaenel, mit warmen Worten noch einmal um Anmeldungen für die Mitgliederliste und bat, die bevorstehenden Kirchenvorstandswahlen mit lebhafter Beteiligung zu fördern.

Mit dem Gefühl, einen wertvollen Abend verlebt zu haben, ging man beselig auseinander.

Zur Milchviehabgabe.

Der Verband der Landwirte im Erzgebirge, G. m. b. H., Chemnitz, schreibt:

„Die Milchviehabgabe an die Gerente.“
3720 better Milchhühe und 1034 junge Küder soll Sachsen jetzt an die Gerente abliefern. Die Aufbringung ist im Gange. Denn nachdem der unheilvolle Friedensvertrag einmal unterschrieben worden ist, bleibt dem gesamten Volke nichts mehr übrig, als die Folgen zu tragen. Da die jungen Küder im nächsten Jahre als Milchhühe gebiert hätten, wird Sachsen für die kommende Zeit um den Milchbeitrag von rund 5000 Stück Rindvieh geschädigt. Bei 5 Eltern tägl. Milchbeitrag — es soll ja jedes Vieh abgeliefert werden — fehlen also künftig gegenüber der jetzigen Milchmenge täglich 25 000 Liter, die bei der jetzigen Rationierung etwa 75 000 jungen und kranken Landesbewohnern zur Kräftigung dienen kann. Der Milchbeitrag des uns verbleibenden Viehes an Milchvieh wird jetzt naturgemäß beim Aufhören der Grünfütterung noch abnehmen, so daß eine weitere Verringerung der Milchgewinnung unermesslich ist. Dem können nur folgende Maßnahmen entgegen wirken:

1. Verschiebung der Ablieferung an die Gerente auf Frühjahr, wenn die verbleibenden Kühe durch die eintretende Grünfütterung wieder milchergiebiger werden.
2. Vermeidung aller sonstigen Eingriffe in die Milchviehhaltung. Die Viehschubdringung wird nur noch durch starke Heranzüchtung des Milchviehs ermöglicht. Soll das Milchvieh angesichts des demnächst bedrohlichen Milchmangels gesichert werden, so wird sich die zeitweilige Wiedereinführung von fruchtlos geschloßenen Wöden nicht umgehen lassen. Da der Bevölkerung schon vom vorigen Jahre her diese Einrichtung bekannt ist, wird sie ihr, wenn sie über den Zweck die Sicherstellung der notwendigen Milch für Kinder und Kranke, aufgeklärt ist, verständnislos gegenüber treten.
3. Durch Gewährung höherer Milchpreise würde die Landwirtschaft einen Anreiz zur Erhöhung der Milchproduktion erhalten. Sie wäre dann auch in der Lage, die milchföhernden, aber heute außerordentlich teuren Kraftfuttermittel zu beziehen. Allerdings

müßte die Preisverhöhung erheblich sein, denn zurzeit muß die Landwirtschaft die Milch zu den halben Erzeugungskosten abgeben. Sie hält ihr Milchvieh nur noch aus zwei Gründen: Das Vieh liefert den für den Getreidebau notwendigen Dünger, denn infolge des herrschenden Kohlenmangels sind künstliche Düngemittel zurzeit nicht zu haben und dann hofft die Landwirtschaft, daß sie innerhalb einiger Jahre durch Nachzucht den großen Viehmangel mit seinen vererblichen Folgen für Fleisch- und Milchgewinnung zum Wohle der Gesamtheit wieder ausgleichen kann.

Gerichtssaal.

(Wegen Milchfälschung), Erhaltung unrichtiger Milchberichte und verbotenen Mehrverkaufs von Butter und Milch ist die Gutsbesitzerin Frau Schwarzenberg in St. Egidien vom Schöffengericht Glauchau zu 1300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, wegen sowohl sie, als auch die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte. Beide Berufungen wurden wieder zurückgezogen, jedoch es bei der Beurteilung verbleibt.

Bermischtes.

† **Mord.** In der Nacht zum Sonntag wurde in Magdeburg die Leiche einer Arbeiterfrau auf offener Straße gefunden. Seine und Arme waren an den Körper geschnürt, was darauf schließen läßt, daß die Frau nach ihrer Ermordung auf die Straße geschleppt worden ist. Bisher konnte noch nichts Näheres ermittelt werden.

Kurse, Bayer & Heine

mitgeteilt vom Bankhause
Abteilung Lichtenstein-Gallenberg.

	21.10.19	22.10.19
Deutsche 3% Staatsanleihe	79,50	79,70
4 1/2% Schatzanweisung	78,25	78,25
3% Reichsanleihe	65,50	66,75
3 1/2%	68,--	68,25
4%	72,50	72,625
Sächsische 3% Rente	63,75	63,75
Chemnitzer 4% Stadtanleihe	88,60	89,375
Dresdner 4%	93,25	92,375
Leipzig 4%	91,--	91,--
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	99,50	99,75
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	92,25	91,75
4%	103,75	103,75
Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	98,--	99,75
Hartmann Masch.-Fabrik Akt.	194,50	199,--
Maschinenfabrik Kappel Akt.	272,25	272,25
Hermann Böge Akt.	238,--	240,--
Sachsenwerk Akt.	280,--	300,--
Sächs. Webstuhlfabrik Schönherr Akt.	238,--	239,--
Hugo Schneider Akt.	227 1/2	230,--
Schubert & Solger Akt.	305,--	301,--
Wanderer Werke Akt.	344,--	345,--
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.	170,--	172,--
Deutsche Bank Akt.	244 1/2	244,75
Diskonto-Gesellschaft Akt.	179 1/2	179 1/2
Dresdner Bank Akt.	149 1/2	149,25
Völsing Akt.	268,--	265,--
Hamburger Bank Akt.	123,--	129,25
Allg. Elektrizitätsges. Akt.	228,--	227,--
Dresdner Kurs.	1020,--	1020,--

Kirchennachrichten für Lichtenstein.
Zusammenkunft zur Kirchenvorstandswahl am Sonntag, den 25. Oktober 1919.

Kirchliche Vereinsnachrichten.
Sungfrauenverein: Heute Donnerstag 8 Uhr Vereinsabend: Singstunde.

Achtung! Alle Arbeitslosen von Lichtenstein, Callenberg und Umg. werden hierdurch zu dem am Freitag, den 24. Oktober, nachm. 2 Uhr im „Goldnen Helm“ **Versammlung** ordnung bringend eingeladen: 1. Stellungnahme zur Landkonferenz. 2. Arbeitslosenunterstützung und Gewährung einer Sonderzulage betr. 3. Allgemeines. Außerdem wird ein Referent sprechen!

Amerik. Milch-Schokolade, (Van.-Eis und andere Marken) sowie **Kernseife, Petroleum-Ersatz** und andere Waren hat laufend billigst abzugeben **Arthur Reilmann, Glauchau i. Sa., Schleifstr.**

Kaufmännischer Verein **Campan Nr. 55 Pfg.**
Lichtenstein-Callenberg.
Freitag, den 24. bis abends 8 Uhr
Monatsversammlung
im Hotel „Zur Sonne.“
— Wichtige Tagesordnung. —
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Musikverein Apollo.
Heute Donnerstag:
Neubau und Aufnahme.

Geschäftsbücher
Liefert in jeder Ausführung die **Tagebl.-Druckerei.**

Kaufe jeden Posten
Kunst-Seide
sowie alle anderen Garne.
Sofort bare Kasse. Entloftern erbelen an

Louis Röhner,
Glauchau-Sa., Tel. 418.
Rechnungsformulare
hält vorräthig
die **Tageblatt-Expedition.**

Obstbäume
eingetroffen!
Gartenbaubetrieb **Max Ranig,**
Lichtenstein.

Eine
Köper-Strickerei
ins Haus gesucht
Paul Zapf, Lohberg 3.

Simberpflanzen
verschiedene Sorten verkauft
Hermann Schmidt,
Wilhelm Eberstr. 5

1a ger. Speck Bld. Mk. 15,60.
prima Kakao Bld. Mk. 14,75.
Liefert geg. Nachn. ab Leipzig
E. Eisermann, Leipzig-Gohlis,
Erasushaarstr. 9.

Durch einen aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kameraden erhielten wir erst jetzt die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter, unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Nefte und Enkel, mein innigstgeliebter, edler Bräutigam

Walter Meissner,

Mitinhhaber der Firma Chem. Bleicherei Hüttengrund, Gebr. Meissner, am 23. Oktober 1918 im Alter von 33 Jahren bei Oviliers (Nordfrankreich) den Heldentod erlitten hat.

In tiefster Trauer:
Familie Arthur Meissner,
Ella Herold als Braut, nebst Eltern,
Grüna, Hohenstein-Er. (Hüttengrund), Callenberg bei Lichtenstein, Hartmannsdorf, den 23. Oktober 1919.
Wir bitten, von Beileidsbezeugungen absehen zu wollen.